

chen und kulturellen Austauschs aufweisen. Die außenwirtschaftliche Öffnung Chinas und die dynamische wirtschaftliche Entwicklung in den südostasiatischen Ländern haben die Wirtschaftsbeziehungen in dieser Region weiter verstärkt. (XNA, 24.3.92) -schü-

den 1991 8,2 Mrd. Yuan aus dem Zentralhaushalt und rd. 2 Mrd. Yuan aus den Lokalhaushalten bereitgestellt.

Wang Bingqian stellte gleichzeitig den *Haushaltsentwurf für 1992* vor. Als eines der Hauptprobleme im neuen Haushaltsjahr bezeichnete Wang die für 1992 zu erwartende Rekordhöhe bei den Schuldenrückzahlungen.

Für 1992 sind Haushaltseinnahmen von insgesamt 391,213 Mrd. Yuan [+9,2% gegenüber 1991] angesetzt; hierin sind Auslandskredite in Höhe von 20,625 Mrd. Yuan [+18,7%] eingeschlossen. Der Planentwurf sieht Staatsausgaben von insgesamt 411,999 Mrd. Yuan [+8,6%] vor. Das Haushaltsdefizit für 1992 ist demnach auf 20,786 Mrd. Yuan festgesetzt.

Entsprechend den neuen Bestimmungen für den Staatshaushalt soll in diesem Jahr mit dem dualen Budgetsystem begonnen werden. Der Staatshaushalt wird in ein reguläres Budget und ein Investbaubudget unterteilt und die jeweiligen Ausgaben und Einnahmen werden neu aufgeteilt. Durch das duale Budgetsystem sollen Umfang und Finanzierungsquellen für die Ausgaben und Einnahmen des regulären Budgets und des Investbauhaushalts deutlicher werden und eine stärkere Kontrolle über Ausgaben und Einnahmen ermöglicht werden. Nach dem dualen Budgetsystem ist für 1992 folgende Aufteilung vorgesehen:

#### 1. Regulärer Haushalt

Die Einnahmen im regulären Budget sind mit 302,242 Mrd. Yuan angesetzt. Hierzu werden Steuereinnahmen, Ablieferungen der Staatsunternehmen [Gewinn- und Steuerablieferungen], Einnahmen aus dem Budgetregulierungsfonds und Verlustsubventionen für Staatsunternehmen gezählt.

Der Planansatz für die Staatsausgaben beträgt 257,631 Mrd. Yuan und umfaßt u.a. Ausgaben für nicht-produktive Investbauinvestitionen, Ausgaben für Entwicklung und Durchführung bestimmter staatlicher Aktivitäten wie Unterstützung für die Landwirtschaft i.e.S., für die Forstwirtschaft und den Wasserbau, Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheitswesen sowie für die soziale Sicherung. Weiterhin sind im regulären Budget Ausgaben für die nationale

Verteidigung und Preissubventionen für die städtischen Konsumenten vorgesehen.

Die Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben ergibt im regulären Budget einen Haushaltsüberschuß in Höhe von 44,61 Mrd. Yuan.

#### 2. Investbaubudget

Die Einnahmen im Investbaubudget werden auf 74,957 Mrd. Yuan angesetzt und setzen sich aus dem Überschuß des regulären Budgets in Höhe von 44,61 Mrd. Yuan zusammen, Einnahmen aus speziellen Investbauprojekten und sonstigen Einnahmen.

Die geplanten Ausgaben im Investbaubudget sollen 1992 insgesamt 154,368 Mrd. Yuan betragen und umfassen produktive Kapitalinvestitionen, einschließlich ausländischer Kredite in Höhe von 20,625 Mrd. Yuan, Ausgaben für die technologische Erneuerung der Staatsbetriebe und zusätzliches Umlaufkapital für die staatlichen Unternehmen, für geologische Untersuchungen, für die Unterstützung der Landwirtschaft, für den Städtebau und für wirtschaftlich rückständige Gebiete. Weiterhin zählen zu den Ausgaben die Schuldendienstleistungen für in- und ausländische Kredite.

Die Ausgaben im Investbaubudget überschreiten die Einnahmen in einer Höhe von 79,411 Mrd. Yuan. Das Defizit soll durch die Emission von Staatsanleihen mit einem Volumen von rd. 38 Mrd. Yuan und inländischen Bankkrediten von 20,786 Mrd. Yuan sowie Auslandskrediten von 20,625 Mrd. Yuan gedeckt werden.

Bei der Vorlage des Haushaltsentwurfs für 1992 wies Wang Bingqian darauf hin, daß trotz der finanziellen Engpässe auch im neuen Haushalt die Investitionen in Schlüsselbereiche weiter erhöht wurden, um damit die Voraussetzung für eine stetige Wirtschaftsentwicklung zu bieten. Beispielsweise seien die Ausgaben für die Landwirtschaft [Ausgaben im regulären und Investbaubudget] gegenüber dem Vorjahr um 7,2% [25,998 Mrd. Yuan], für Bildung um 11,3% [45,211 Mrd. Yuan], für Wissenschaft um 7,4% [5,347 Mrd. Yuan] und für Verteidigung um 12% [37 Mrd. Yuan] gesteigert worden. Einschließlich der Ausgaben, die unter anderen Budgetposten aufgeführt sind,

## Binnenwirtschaft

\*(29)

### Staatshaushalt 1991 und Haushaltsentwurf 1992

Am 21.3.1992 legte Finanzminister Wang Bingqian auf dem 7. Nationalen Volkskongreß den Haushaltsbericht 1991 und die Budgetplanung für 1992 vor.

Nach vorläufigen Angaben beliefen sich die gesamten Staatseinnahmen 1991 auf insgesamt 358,281 Mrd. Yuan [Planansatz +104,1%] und die Gesamtausgaben auf 379,387 Mrd. Yuan [Planansatz +106,4%]. Das Haushaltsdefizit erhöhte sich dementsprechend auf 21,106 Mrd. Yuan bzw. um 8,76 Mrd. Yuan mehr als im Haushaltsansatz 1991 vorgesehen. Das Defizit setzt sich aus den Mindereinnahmen des Zentralbudgets von 18,066 Mrd. Yuan und der Lokalbudgets von 3,04 Mrd. Yuan zusammen.

Der Rückgang der Staatseinnahmen ist Wang Bingqian zufolge vor allem auf das niedrigere Einkommen in den Überschwemmungsgebieten zurückzuführen, auf Maßnahmen zur Belebung der Staatsbetriebe, auf höhere als geplante Steuerrückvergütungen für Exporte sowie auf Subventionen zur Stabilisierung der Preise. Außerdem sei die vorgesehene Steuererhöhung auf Einzelhandelsverkäufe nicht durchgeführt worden.

Um die Staatseinnahmen zu erhöhen, wurden 1991 Staatsanleihen von insgesamt 19,941 Mrd. Yuan begeben, das waren ca. 10 Mrd. Yuan mehr als geplant.

Zur Bekämpfung der Katastrophenschäden und zur Unterstützung der davon betroffenen Bevölkerung wur-

und der extrabudgetären Ausgaben sollen die staatlichen Investitionen im Jahre 1992 für die Landwirtschaft insgesamt 56,611 Mrd. Yuan, für Bildung 61,651 Mrd. Yuan sowie für Wissenschaft und Technologie 19,451 Mrd. Yuan betragen.

Zur Belebung der mittleren und großen Staatsbetriebe ist vorgesehen, die Staatsbetriebe schrittweise von der Ablieferung der Abschreibungsfonds zu befreien, die für den Bau von Schlüsselprojekten im Energie- und Transportsektor und für den Regulierungsfonds im Staatshaushalt vorgesehen sind; die schrittweise Befreiung soll in einem Zeitraum von drei Jahren stattfinden. Für 1992 ist dementsprechend mit reduzierten Staatseinnahmen in einer Höhe von 4 Mrd. Yuan zu rechnen. Außerdem soll neben der versuchsweisen Fortführung der Methoden "Trennung von Steuern und Gewinnen", "Steuerzahlung vor Rückzahlung von Krediten" und "Vertragliche Bestimmung von Gewinnen" in einem Zeitraum von drei Jahren schrittweise die Gewinnsteuer für mittlere und große Staatsunternehmen von 55% auf 33% reduziert werden. Als Folge dieser Maßnahmen wird die erste Gruppe der davon begünstigten Unternehmen rund 1 Mrd. Yuan weniger Steuern zahlen müssen. Aufgrund dieser Maßnahmen und des erhöhten Umlaufkapitals werden die Staatsunternehmen 1992 über zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 15,5 Mrd. Yuan für technologische Erneuerung und andere Aufgaben verfügen. Aus den lokalen Haushalten werden 60% der Mittel stammen, und der Rest soll von den Unternehmen aufgrund ihrer verbesserten wirtschaftlichen Situation aufgebracht werden.

Als weiteres Merkmal des Staatshaushalts für 1992 wies Wang Bingqian auf die Erhöhung des Emissionsvolumens inländischer Staatsanleihen hin, die rund 38 Mrd. Yuan bzw. 9,875 Mrd. Yuan mehr als 1991 ausmachen werden. Dies sei lediglich eine zeitlich begrenzte Maßnahmen, um die Rückzahlungsspitzen zu verschieben und das Defizit zu decken. Bei der Entscheidung sei auch berücksichtigt worden, daß relativ gute Bedingungen für eine erhöhte Emission von Staatsanleihen bestehen würden. So hätten sich die Sparguthaben der städtischen und ländlichen Bevölkerung vergrößert, und Staatsanleihen stellten aufgrund

ihrer höheren Zinssätze gegenüber langfristigen Bankeinlagen eine attraktivere Anlageform dar.

Wang Bingqian hob in seinem Bericht außerdem die Anpassung der Getreidepreise und der Löhne für die Beschäftigten hervor. So habe der Staatsrat festgelegt, die Preise für den Kauf von Getreide sowie die staatlichen Verkaufspreise für Getreide im Jahre 1992 im wesentlichen zu vereinheitlichen. Ziel dieser Maßnahmen soll die Erhöhung der bäuerlichen Einkommen sein. Zur Kompensation für den Preisanstieg sollen Subventionen an die Beschäftigten in Verwaltungs- und Regierungsbehörden, an Militär- und Polizeiangehörige und Universitätsstudenten gezahlt werden. Für die Beschäftigten in [staatlichen?] Unternehmen, sollen die Preissubventionen von den Unternehmen getragen werden.

Für die Beschäftigten in den Verwaltungs- und Regierungsinstitutionen hat der Staatsrat für 1992 außerdem eine Erhöhung der Bonusse und der Alterszulage beschlossen. Auch sollen an Intellektuelle für besondere Leistungen zusätzliche finanzielle Zuschüsse vergeben werden. Die Einkommenserhöhung der Beschäftigten in den Unternehmen soll jedoch an die Gewinnsituation in den Betrieben gekoppelt werden. (XNA, 13.4.92)

Der Haushaltsentwurf für 1992 zeigt deutlich die Prioritäten der chinesischen Regierung, die neben Preisreformen vor allem die staatlichen Unternehmen durch zusätzliche Finanzmittel aus der Krise führen will. Die auch für das neue Haushaltsjahr vorgesehenen hohen Verlustsubventionen zeigen jedoch weiterhin, daß die vorgesehene Übernahme der Eigenverantwortlichkeit für Verluste durch die Unternehmen weiterhin nur zögerlich realisiert werden soll. (SCMP, 20.3.92) -schü-

\*(30)

#### Weitere Preisanpassungen vorgesehen

Nach einem Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua werden in diesem Jahr die Preise von Grundgütern und Dienstleistungen erhöht, für die Energie, Rohstoffe und Transporteinrichtungen benötigt werden, um die Entwicklung dieser Bereiche stärker zu unterstützen. Auch die nochma-

lige Anhebung der staatlichen Verkaufspreise von Getreide und Speiseöl für die städtischen Konsumenten ist vorgesehen. (XNA, 1.3.92)

Die Preisanhebung für Reis und Weizenmehl erfolgt zum 1.4.92 und soll 40% betragen; dies bedeutet einen Preisanstieg um 0,11 Yuan/Pfund Reis bzw. Weizenmehl für die städtischen Konsumenten. Auch die Preise für aus Reis und Weizenmehl hergestellte Produkte sollen erhöht werden. Zum Ausgleich für den Preisanstieg wird den städtischen Beschäftigten eine Kompensation in Höhe von 5 Yuan gezahlt. (IHT, 19.3.92)

Um den Umfang der staatlichen Subventionen zu reduzieren, sollen die Mieten in den Städten bereits im Durchschnitt von rund 1% des Haushaltseinkommens auf 5% erhöht worden sein.

Auch das duale Preissystem für wichtige Rohstoffe, einschließlich Stahl, NE-Metalle, Holz und Kohle soll schrittweise aufgegeben werden. In diesem Jahr ist die Vereinheitlichung der Holz- und Kohlepreise vorgesehen, die auf Marktniveau angehoben werden sollen. Die Preise für Zement und andere Baumaterialien wurden bereits im vergangenen Jahr auf einen einheitlichen Preis reduziert. (XNA, 21.2.92)

Insgesamt sollen die Preisanpassungen jedoch die grundsätzliche Preisstabilität nicht gefährden, und die Preissteigerungsrate soll auf unter 6% begrenzt werden. (XNA, 1.3.92)

Nach Einschätzung von Zhang Zhuoyuan, Direktor des Finanzforschungsinstituts der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, beständen für die Fortführung der Preisreformen gute Rahmenbedingungen, da der Markt sich belebt habe, die Inflation kontrolliert sei und ein stetiges Wirtschaftswachstum vorherrsche. Als Erfolg der bisherigen Preisreformen sei die Erhöhung der staatlichen Aufkaufspreise für landwirtschaftliche Produkte seit 1978 um 174%, für Bergbauprodukte um 150% sowie für industrielle Rohstoffe um 130% zu bewerten.

Zhang Zhuoyuan zufolge kontrolliere der Staat lediglich noch 29,7% der Einzelhandelspreise sowie 54,5% der Preise für industrielle Rohstoffe. Der

Anteil der landwirtschaftlichen Produkte, für die staatlich festgelegte Preise und Quoten gelten würden, sei auf 25% gesunken. Insgesamt würden bereits zwei Drittel der Preisentscheidungen nicht mehr von staatlichen Behörden getroffen werden. (XNA, 1.3.92)

In der Provinz Shaanxi sollen die Preisreformen sogar noch weiter ausgedehnt worden sein. Im Jahre 1991 wurden hier die Preise von 82 Produkten freigegeben, und der Anteil der staatlich festgelegten Einzelhandelspreise soll hier nur noch 17,4% betragen. Zu den noch vom Staat kontrollierten Preisen zählen Getreide, chemischer Dünger, Pestizide und Holz.

Die Anpassung der Preise ermöglichte der Provinzregierung von Shaanxi, Subventionen in Höhe von 460 Mio. Yuan einzusparen. Lokale Unternehmen sollen durch die Preisanpassungen einen zusätzlichen Gewinn von 343 Mio. Yuan realisiert haben. (XNA, 13.3.92) -schü-

\*(31)

### NVK beschließt Bau des "Drei-Schluchten-Staudamms"

Die Mitglieder des Nationalen Volkskongresses (NVK) haben dem Bau des Staudamms am Yangtze, dem sogenannten "Drei-Schluchten-Staudamm", und der Einbeziehung dieses Projektes in den laufenden 8.Fünffjahresplan zugestimmt.

Einem Bericht der taiwanesischen Nachrichtenagentur zufolge, soll die Abstimmung jedoch nicht wie erwartet verlaufen sein. So verließ das NVK-Mitglied Huang Shunxing, Landwirtschaftsexperte und aus Taiwan nach China geflüchtet, unter Protest den NVK, weil bei seinem Redebeitrag die Mikrophone ausgeschaltet worden sein sollen. Aus Solidarität schloß sich Tsai-pin, ebenfalls aus Taiwan gebürtig, dem Protest an. Nach Angaben von Huang Shunxing will er seinen Redebeitrag bereits vier Tage vorher angemeldet und die Bewilligung dazu erhalten haben.

In dem durch den Zwischenfall hervorgerufenen Chaos scheinen mehr Mitglieder des NVK bereit gewesen zu sein, gegen das Projekt zu votieren. Die Abstimmung, die über Knopfdruck

durchgeführt wurde, führte zu 1.767 Ja-Stimmen, 177 Nein-Stimmen, 664 Enthaltungen und 25 Mitglieder gaben ihre Stimme nicht ab. (Central News Agency Taipei, 4.4.92, in SWB, 6.4.92)

Wie die SCMP am 22.3.92 berichtet, sei den NVK-Delegierten auch eine Dokumentation über eine kritische Auseinandersetzung mit dem Staudamm-Projekt, die vor drei Jahren von den Ministerien für Energie und Wasserressourcen zusammengestellt worden war, nicht zugänglich gemacht worden. In dieser Dokumentation wird gegen das Projekt u.a. argumentiert, daß es zu schwerwiegenden Zerstörungen der Umwelt beitrage, den Staatshaushalt zu stark belaste und in einem militärischen Konfliktfall ein leichtes Ziel darstelle. Die Autoren sprachen sich dagegen für eine Reihe kleinerer Projekte mit überschaubaren finanziellen und ökologischen Folgekosten aus.

Nach chinesischen Schätzungen werden die notwendigen Investitionen für das Projekt rund 57 Mrd. Yuan betragen. Hiervon entfallen 29,8 Mrd. Yuan auf den Staudambau, 18,6 Mrd. Yuan auf die Umsiedlung der betroffenen Bevölkerung sowie 8,7 Mrd. Yuan auf die Umwandlung und Weiterleitung der Elektrizität. Durch den Bau des Staudammes wird eine landwirtschaftliche Anbaufläche von rund 24.000 Hektar in insgesamt 19 Kreisen und Städten der Provinzen Sichuan und Hubei in Anspruch genommen, und 720.000 [andere Quellen sprechen von rd. 1,1 Mio., (HB, 23.3.92)] Personen müssen neu angesiedelt werden. (Xinhua News Agency, 21.3.92; in: SWB 25.3.92)

Vom Staudambau wird eine Kapazität von 17,68 Mio. Kilowatt und eine jährliche Stromleistung von 84 Mrd. Kilowatt erwartet. Außerdem soll durch das Projekt die Schifffahrt auf dem Yangtze verbessert und die Hochwassergefahr reduziert werden. (XNA, 21.3.92) -schü-

\*(32)

### Shanghais wirtschaftliche Entwicklung soll beschleunigt werden

Um den Anschluß Shanghais an die dynamische Wirtschaftsentwicklung in den südlichen Sonderwirtschaftszonen zu ermöglichen, hat die Zentralregierung der Stadt mehr Autonomierechte

eingerräumt. So soll Shanghai weitreichende Reformmaßnahmen in den staatlichen Unternehmen sowie im Steuer-, Finanz- und Preisbereich und bei der sozialen Sicherung durchführen können. Zu den Maßnahmen zählen beispielsweise, daß

- alle Arbeitskräfte auf einer Vertragsbasis eingestellt werden,
- die Anzahl der Aktiengesellschaften bis Jahresende von 50 auf 100 Unternehmen erhöht wird,
- Reformen im Handel durchgeführt werden, durch die 40 regionale Märkte und fünf Handelszentren entstehen können,
- der Wertpapiermarkt durch zusätzliche Aktienemissionen und den Handel von Aktien externer Unternehmen vergrößert werden kann und daß
- zusätzliche Finanzorganisationen aus dem Ausland zugelassen werden.

Der Ausbau Shanghais zum Finanzzentrum soll die Bedingung dafür bieten, daß ausreichende Mittel zur Entwicklung der Sonderwirtschaftszone Pudong aufgebracht werden können. (SWB, 21.3.92)

Zu den Shanghai eingeräumten Sonderrechten zählt auch der Aufbau einer Freihandelszone in Waigaoqiao. Dies Gebiet liegt am östlichen Ende der Pudong Sonderwirtschaftszone und soll bis zur Endausbauphase eine Fläche von 10 km<sup>2</sup> umfassen.

In Waigaoqiao erhalten ausländische Investoren besondere Präferenzbehandlung. So werden Güter, die in die Zone [zur Weiterverarbeitung] importiert und aus der Zone exportiert werden, von der Zollerhebung befreit. Außerdem werden keine Import- oder Exportlizenzen für den Transfer von Gütern zwischen der Zone und dem Ausland gefordert. Weiterhin können inländische oder ausländische Unternehmen in der Zone Außenhandelsorganisationen gründen und Agenturgehäfte im Import und Export betreiben oder Transithandel durchführen. Darüber hinaus können alle Unternehmen in der Zone ihre Deviseneinkünfte behalten und derart das aus Wechselkursschwankungen resultierende Risiko vermeiden. Letztlich ist es den Unternehmen auch erlaubt, entweder untereinander Handel zu treiben oder über den freien Rohstoffmarkt mit Unternehmen außerhalb der Zone. (XNA, 11.3.92)

Das Interesse ausländischer Unternehmen und Joint Ventures an der Sonderwirtschaftszone Pudong soll sich im letzten Jahr verstärkt haben. In den ersten neun Monaten des Jahres 1991 wurden 68 Auslandsunternehmen und Joint Ventures mit einem geplanten Kapitaleinsatz in Höhe von 120 Mio. US\$ genehmigt. Damit soll die Gesamtzahl der Joint Ventures auf 143 mit einer Kapitalausstattung von 425 Mio. US\$ gestiegen sein.

Der größte ausländische Investor mit 82 Projekten und 42% des Kapitals ist Hongkong, gefolgt von den USA mit 17 Projekten und 12% des Kapitals. An dritter Stelle steht Japan als ausländischer Investor mit 14 Projekten und einem Kapitalanteil von 3,6%. Taiwan liegt bereits mit 11 Projekten und einem Kapitalanteil von 4,3% an vierter Stelle. (SCMP, 13.3.92)

Einem Bericht der SCMP vom 24.3.92 zufolge, soll die Zentralregierung die Übernahme von 40% der im Zeitraum des 8.Fünffjahresplanes (1991-95) notwendigen Entwicklungskosten für Pudong zugesagt haben; die Gesamtkosten werden in dieser Periode auf ca. 50 Mrd. Yuan geschätzt.

Politische Unterstützung für die Entwicklung Shanghais kam auch von Deng Xiaoping, der Anfang März zusammen mit Yang Shangkun, Jiang Zeming und Wan Li die Sonderwirtschaftszone Pudong besuchte. (SWB, 12.3.92) Mit Blick auf die sich vergrößernden regionalen Entwicklungsunterschiede soll Deng Xiaoping bedauert haben, Shanghai nicht auch schon Anfang der 80er Jahre die Rechte einer Sonderwirtschaftszone gegeben zu haben. (FAZ, 19.3.92)

Von der Ausweitung der wirtschaftlichen Sonderrechte erwartet Shanghai auch eine Beschleunigung des Wachstumstempos und will dementsprechend statt der ursprünglich für dieses Jahr geplanten Wachstumsrate von 5-6% ein höheres Wirtschaftswachstum erreichen. In der vorangegangenen Dekade lag Shanghais Wachstum von durchschnittlich 7,2% jährlich sogar unterhalb des Landesdurchschnitts von rund 10% und weit hinter dem Entwicklungstempo von Guangdong.

Für die laufende Fünfjahresperiode bis 1995 und die Zehnjahresplanung bis zum Jahr 2000 sollen ebenfalls die ge-

planten Wachstumsraten neu bestimmt werden. Shanghais Bürgermeister Huang Ju kündigte Ende März an, daß die Stadt ihre komperativen wirtschaftlichen Vorteile zusammen mit den neuen Sonderrechten zur Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung nutzen will. Dabei sollen Huang Ju zufolge vor allem drei Aspekte betont werden:

- Anpassung der Wirtschaftsstrukturen und Koordinierung der einzelnen Entwicklungsaspekte. In den 90er Jahren soll der Anteil der Tertiärindustrie von derzeit 30% auf 35% bis 1995 und auf 42-45% bis zum Jahre 2000 erhöht werden. Geplant ist ferner, den Anteil der neuen und High-Tech-Industrien von derzeit 2% auf 5% innerhalb der nächsten fünf Jahre zu steigern. Auch die Bedeutung der Schlüsselindustrien, einschließlich Automobilindustrie, Maschinenbau-, Elektronik- und Chemieindustrie, soll mit einer Vergrößerung ihrer Anteile von 20% auf 30% ausgebaut werden.

- Die Verteilung der Standorte der Industriebetriebe soll einem rationalen Entscheidungsprozeß unterworfen werden, um die besten wirtschaftlichen Ergebnisse zu erzielen. Vorgesehen ist die Verlegung der Industriebetriebe, Lagerhäuser und einiger anderer Institutionen [?] an den Stadtrand, da die Innenstadt Shanghais in ein Finanz- und Handelszentrum umgestaltet werden soll.

- Mit der Entwicklung von Pudong will die Stadt den Reformprozeß und die außenwirtschaftliche Öffnung beschleunigen. Innerhalb der kommenden drei Jahre soll die Ansiedlung von rund 1.000 Unternehmen mit ausländischem Kapital, 1.000 inländischen Unternehmen sowie 1.000 Handelsorganisationen in der Sonderwirtschaftszone genehmigt werden.

Huang Ju zufolge sieht die Planung eine Verdoppelung des Bruttosozialprodukts bis 1995 und eine Vervierfachung bis zum Jahre 2000 vor. Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz sowie der Ausbau einer exportorientierten Produktion sollen die Schwerpunkte in der Entwicklung sein. Die Erhöhung des industriellen Bruttoproduktionswertes in den ersten zwei Mo-

naten dieses Jahres um 20,7% gegenüber der Vorjahresperiode sieht Huang Ju als ermutigendes Zeichen für eine schnelle Belebung an. (XNA, 24.3.92) Insgesamt realisierte Shanghai im Jahre 1991 ein Wachstum des industriellen Bruttoproduktionswertes in Höhe von 13,7% und Exporte Produkte im Werte von 5,73 Mrd. US\$.

(XNA, 6. u. 19.3.92) -schü-

---

## Taiwan

---

\*(33)

**Besuch der nicaraguanischen Präsidentin Chamorro und des südafrikanischen Außenministers Botha**

Vom 3. bis 7.März machte die nicaraguanische Präsidentin Violeta Chamorro einen Staatsbesuch in Taiwan. (LHB, 8.3.92; ZYRB, 9.3.92; FCJ, 6. und 10.3.92) Nicaragua hatte 1985 unter der damaligen sandinistischen Regierung diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen und zugleich die diplomatischen Beziehungen zu Taipei abgebrochen. Nach dem Sieg von Frau Chamorro bei der letzten Präsidentschaftswahl hat ihre Regierung im November 1990 Taipei wieder anerkannt; damit wurde Beijing zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Managua gezwungen. (Dazu ausführlich C.a. Dezember 1985, Ü 41, S.810 f. und November 1990, Ü 42, S.832 f.) Bei der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen beider Seiten hatte Taipei Nicaragua zunächst 100 Mio.US\$ Entwicklungshilfe gewährt und im letzten Jahr weitere 30 Mio.US\$ zugesagt. Am 6.März unterzeichneten beide Seiten Verträge über Kulturaustausch und landwirtschaftliche Zusammenarbeit.

Südafrikas Außenminister Pik Botha hielt sich vom 20. bis 23.März in Taiwan auf. (LHB, 20.3.92; CP, 21.3.92; ZYRB, 22.3.92; FCJ, 24.3.92) Außenminister Botha leitete in Taipei die Jahreskonferenz südafrikanischer Botschafter und Missionschefs im Fernen Osten und Australien. Frau Botha unterzieht sich derzeit in einem Taipeier Krankenhaus einer Akupunkturbehandlung. Bothas Taiwanreise erregte Aufmerksamkeit, weil in letzter Zeit häufig Spekulationen über eine baldige Aufnahme diplomatischer Beziehun-